

# LEGENDE

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§ 1 bis 11 BauNVO)



Mischgebiete (§ 6 BauNVO)



Kerngebiete (§ 7 BauNVO)

2. Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)



Baulinie (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)



Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

3. Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)



Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung



Öffentliche Verwaltung

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



Straßenverkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



Studie mögliche Straßenführung (variabel)



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)



Öffentliche Parkfläche



Fußgängerbereich



Verkehrsberuhigter Bereich



Fuß- und Radweg (Biestallfreizeitweg)



Bushaltepunkt

5. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)



Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen oberirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB), hier: 20-kV-Elektro-Freileitung mit Schutzstreifen




Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen unterirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB), hier: Haupttrinkwasserleitung hier: EVS Sammler AWA Mittleres Biestal

6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)



Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

o = öffentliche Grünfläche, p = private Grünfläche,  = Begrünter Platz

7. Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)



Wasserschutzgebiet, Schutzzone II



Überschwemmungsgebiet, geplante Abgrenzung (Oberkante Böschung Biestallfreizeitweg)



Nachrichtliche Übernahme Überschwemmungsgebiet "Blies" gemäß Verordnung vom 11.11.1998

8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)



Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)



Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)



Zu erhaltender Einzelbaum (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB, nicht eingemessen)

9. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz (§ 9 Abs. 6 BauGB)



Umgrenzung des festgesetzten Sanierungsgebietes



Einzelanlage, die dem Denkmalschutz unterliegt

10. Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit



Gehrecht

11. Sonstige Planzeichen



Umgrenzung der im Altstandortkaster des LUA erfassten Flächen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets



Grenze Planfeststellungsbereich B 423



Grenze Geltungsbereich der Örtlichen Bauvorschriften (Gestaltungssatzung und Werbesatzung)

MI1		
0.8	III	
a	gD	>25°

Nutzungsschablone

MI1 - Baugebiet

0.8 - GRZ

III - maximal zulässige Zahl der Vollgeschosse

① - zwingend festgesetzte Zahl der Vollgeschosse

II-III - mindestens II, maximal III Vollgeschosse

o/a/g - offene/abweichende/geschlossene Bauweise

gD - geneigte Dächer

>25° - Dachneigung



- III. **NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN** gemäß § 9 Abs. 6 BauGB
1. **Örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung, zum Schutz und zur Erhaltung des historischen Orts- und Straßenbildes der Stadt Blieskastel gemäß § 93 Abs. 1 Nr. 1 und § 2 Nr. 1 LBO (GESTALTUNGSSATZUNG)**
- § 1 Geltungsbereich**  
Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst den gesamten historischen Stadtkern und den daran angrenzenden Bereich, sowie die sonstigen barocken Bauten. Der Geltungsbereich dieser Satzung liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (siehe Planzeichnung).
- § 2 Genehmigung**  
(1) Die Örtlichen Bauvorschriften gelten auch für genehmigungsfreie bauliche Anlagen.  
(2) Die Vorschriften der Bauordnung für das Saarland, sowie des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes finden Anwendung.  
(3) Soweit Kulturdenkmäler betroffen sind, können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Satzung zugelassen werden.
- § 3 Gesamtgestaltung**  
(1) Die historische Bausubstanz und mit ihr die typische Gliederung des zu schützenden Bereiches ist zu erhalten. Neubauten, Aus-, Auf- und Umbauten sowie Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten müssen auf das historische Stadtbild Rücksicht nehmen. Alle Bauwerke müssen sich nach Proportion (Gesamthöhe, Dachgestaltung, Fenster, Türen) und nach Baumaterial (Verputz, Ziegel, Farben) in das Stadtbild einfügen.  
(2) Bauteile von besonderem kulturhistorischem Wert wie z. B. Erker, Tore, Türn, Nischen, Figuren, Stuck, Fassadenmalerei und Gewände aus Naturstein oder mit besonderer Putzgliederung sowie Schlier, historische Zeichen, Inschriften, Ausleger und dergleichen sind zu erhalten, soweit sie dem Charakter der Anlage entsprechen. Bei Fassadenerneuerungen und Umbauten sind derartige Bauteile soweit als möglich zu übernehmen.  
(3) Befindet sich das Äußere eines Gebäudes, seine Nebenanlagen sowie die Einfriedungen in einem das Straßen- oder Stadtbild verunstaltenden Zustand, so soll es nach den sich aus dem Straßen- oder Stadtbild ergebenden Anforderungen entsprechend den Vorschriften dieser Verordnung umgestaltet werden.
- § 4 Baufluchten, Baukörper**  
Bauliche Anlagen sind beim Errichten, Ändern und Instandhalten auf diejenigen Nachbargebäude zu beziehen, die dem Absatzbereich das besondere Gepräge geben. Insbesondere muss sich die Anpassung auf die vorhandene Straßenbebauung und die historisch vorgegebenen Fluchten beziehen.
- § 5 Außenwände (Fassaden)**  
(1) Außenwände und ihre Gliederungen dürfen nur als verputzte Mauerwerk oder in Sandstein in handwerksgerechter Oberflächenverarbeitung ausgeführt werden.  
(2) Bei Putz sind glatte oder gefitzte Putzarbeiten ohne sichtbare Eckschutzschienen zu verwenden. An nicht von öffentlichen Straßenräumen sichtbaren Wänden sind Ausnahmen zulässig. Das Aufputzen von historisch entstandenen Wandeneinheiten ist unzulässig. Jede Verkleidung von Außenwänden z. B. mit Metall, metalpoliertem oder geschliffenem Werkstein, Mosaiken oder Kunststeinen aller Art oder die Verwendung ähnlich wirkender Anstriche ist unzulässig.  
(3) Alle verputzten Außenwände sind in Mineralfarben zu streichen. Die Farbgebung der Fassade und baulicher Einzelteile ist auf eine geringe Zahl von Farben zu beschränken. Grelle Farbtöne dürfen nicht verwendet werden. Es sind Farbfestlegungen entsprechend der Farbtönen „goldocker“, „ockergrünlich“, „schwarz“ und „Benediktbeurergrün“ der Kompalette in den unterschiedlichen Helligkeitsstufen zulässig. Ein Abmischen mit „Ocker“ ist erforderlich. Die Farbgebung ist auf das Straßenbild abzustimmen.  
(4) Architekturdetails wie Gewände, Gesimse, Traufen und Ornamente in Naturstein sind zu belassen.  
(5) Die Vorschriften für Außenwände gelten entsprechend für Hauseingänge, Fensterläden, Fenster und Ladenpassagen.
- § 6 Dachgestaltung**  
(1) Zulässig sind nur Sattel- und Mansardendächer sowie an den Kopfbauten der Straßenzüge auch Walmdächer.  
(2) Die Dachneigung ist unter Berücksichtigung der Nachbargebäude festzulegen.  
(3) Bei der Gesimsausbildung ist auf die Nachbarbebauung Rücksicht zu nehmen.  
(4) Bei der Neuverkleidung bestehender Gebäude sind die der Bauphase des Gebäudes entsprechenden Eindeckungen beizubehalten bzw. wiederherzustellen (Biberschwarzziegel naturrot, Segmentschicht bzw. Doppelschicht naturrot). Schieferendeckungen an vorhandenen Gebäuden müssen beibehalten werden, dies gilt auch bei Umbaumaßnahmen. Bei Neubauten ist entsprechend zu verfahren.  
(5) Unzulässig sind Dachverkleidungen in Kunststoff, Metall, Asbestzementplatten, Faserzementplatten und Betondachsteinen.  
(6) Gesimse mit sichtbaren Spantenköpfen sind nicht zulässig; ebenso die Verkleidung der Gesimse.  
(7) Ortgänge sind ohne Überstand und Zahnleisten auszuführen.  
(8) Bei Neubauten sind die Gesimsausbildungen bis ca. 30 cm Überstand massiv auszuführen und auf die Altbebauung in Form und Anordnung zu beziehen.
- § 7 Dachaufbauten**  
(1) Im Bereich der oberen abgetragenen Dachfläche des Mansarddaches (2. OG-Ebene) sind keine Guben zulässig.  
(2) Dachguben sind nur als einzelne stehende Dachguben mit Satteldach (ggf. mit abgewalmtem Gaubenfirst) oder als abgeschleppte einzelne Dachguben zulässig. Die Dachneigung ist unter Berücksichtigung des historischen Befundes oder der Dachneigung der Nachbargebäude festzulegen. Von öffentlichen Straßen und Plätzen aus sichtbare Gaubenfenster sind als stehende Rechtecke auszubilden. Guben dürfen nur insgesamt 1/5 der Firstlänge und 1/5 der Dachhöhe beanspruchen. Die Breite einer Gaube darf im Außenmaß nicht breiter als die innere Lichte der darunterliegenden Obergeschosfenster sein.  
(3) Gaubeneindeckungen sind dem Hauptdach anzupassen. Die Wangenverkleidungen sind verputzt, mit senkrechter Holzverschalung oder in Naturschiefer auszuführen.  
(4) Liegende Dachfenster und Dachausschnitte mit Verglasung sind in Ausnahmefällen zulässig, soweit sie nicht von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen aus sichtbar sind bzw. soweit aus konstruktiven Gegebenheiten der Einbau von Guben nicht möglich ist oder die technischen Vorschriften den Einbau von Guben nicht zulassen. Die Öffnungsbreiten der liegenden Dachfenster haben sich auf einen Sparnenzwischenraum zu beschränken.  
(5) Gemeinschaftsantennen bzw. Einzelantennen sollen unter Dach angeordnet werden.  
(6) Störende Aufbauten wie z. B. Parabolantennen oder Solaranlagen sind so anzuordnen, dass sie von öffentlichen Straßen und Plätzen aus nicht sichtbar sind. Eine Anbringung auf der Dachfläche ist generell unzulässig.  
(7) Parabolantennen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung montiert wurden, sind dieser Satzung bis zum 31.12.2008 anzupassen.
- § 8 Fenster, Fensterläden, Verglasungen**  
(1) Fenster und Fensterläden müssen in Größe, Maßverhältnissen und der äußeren Gestaltung in einem harmonischen Verhältnis zu dem Gesamtbauwerk und zu dem Charakter des Straßen- und Platzbildes stehen.  
(2) Die Mauerfläche muss gegenüber der Fensterfläche überwiegen. Innerhalb einer Fassade bzw. bei größeren Bauten innerhalb eines klar abgegrenzten Fassadenabschnittes müssen die Fenster, Türen und Läden einheitlich gestaltet werden.  
(3) Die Fenster sind grundsätzlich in Holz flächenversetzt auszuführen. Fenstergliederungen (z. B. Sprossen), die der Bauphase des Gebäudes entsprechen, sind beizubehalten. Fenstergliederungen, die der Bauphase eines Gebäudes nicht entsprechen, sind beim Umbau oder beim Auswechseln der Fenster der jeweiligen Bauphase des Gebäudes entsprechend auszuführen. Die Farbe von Fensterrahmen und -sprossen muss ebenfalls der Bauphase des Gebäudes entsprechen. Ist eine eindeutige Zuordnung nicht möglich, so sind die Fensterahmen in „weiß“ zu streichen.  
(4) Fenster müssen grundsätzlich in einer Laibung eingebaut werden.  
(5) Buntglas, Glasbausteine und ähnliche Glaselemente sind nur an Gebäudeteilen zulässig, die von öffentlichen Straßen oder Plätzen aus nicht sichtbar sind.  
(6) In zu begründenden Ausnahmefällen können bei Neubauten besondere Festlegungen getroffen werden.
- § 9 Fensterläden, Rollläden, Markisen**  
(1) Fensterläden sollen nur als Holzklappläden ausgebildet werden. Vorhandene Klappläden bei Altbauten sind zu erhalten.  
(2) Rollläden sind als Holz-Lamellen-Läden auszubilden.  
(3) Ein fassadenbündiger Einbau der Rollladenschienen sowie der nachträgliche Einbau von Rollläden bei Altbauten ist nicht zulässig.  
(4) Sonnenschutzanlagen in Form von einfachen Rollmarkisen sind nur im Erdgeschoss zulässig. Sie sind nur über Schaufenstern und nicht über Eingängen zulässig und auf die Breite der einzelnen Schaufenster zu beschränken.  
(5) Markisen müssen einziehbar oder einrollbar sein. Haltevorrichtungen und Markisenauflaufrollen müssen der Länge der Schaufensterlaibung entsprechen.  
(6) Glänzende Materialien sind nicht erlaubt, die Bspannung ist nur aus Stoff (Leinen, Segeltuch, Baumwolle) genehmigungsfähig. Die Farbgebung (uni oder Blockstreifen) der Markise ist auf die farbliche Gestaltung der Fassade abzustimmen.  
(7) Werbeaufschriften auf Markisen sind nur zulässig, wenn auf eine weitere Werbeanlage auf der Fassade verzichtet wird. Die Gestaltung der Werbeaufschrift regelt sich nach den Vorschriften der Werbesatzung.
- § 10 Türen**  
(1) Türen und Eingangsöffnungen müssen sich nach Proportionen und Gestaltung in die Fassade einfügen.  
(2) Hauseingangstüren sind in Holzkonstruktion auszuführen. In Verbindung mit Schaufensteranlagen oder bei Neubauten ist ein weißer Anstrich auf Türen erlaubt.  
(3) Über Hauseingängen, die an öffentliche Straßen und Plätze angrenzen oder von dort sichtbar sind, sind Kragplatten und Vordächer nicht zulässig.
- § 11 Schaufenster**  
(1) Der Einbau von Schaufenstern ist nur im Erdgeschoss zulässig. Schaufenster müssen in einem angemessenen Verhältnis zur Größe und Gestaltung der Fassade stehen. Ablesbare Gebäudeschassen sind wieder herzustellen.  
(2) Schaufensterahmen sind in Holz auszuführen. In zu begründenden Ausnahmefällen können auch Metallkonstruktionen in der Farbe der am Haus vorhandenen Fenster zugelassen werden.  
(3) Schaufenster über Hausecken sind nicht zulässig.  
(4) Kragplatten und Vordächer sind nicht zulässig.
- § 12 Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten**  
Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten sind in ihrer Gestaltung und Genehmigungsfähigkeit durch die Werbesatzung geregelt.
- § 13 Einfahrtstore**  
(1) Einfahrtstore in straßenseitigen Gebäude- und Mauerfronten sind in Holz oder als Gitterkonstruktion (Stahlauführung) mit einem mindestens 0,12 m tiefen Anschlag auszuführen.  
(2) Alte Torgestaltungen sollen wiederhergestellt, repariert oder in der bislang vorhandenen Gestaltung erneuert werden.  
(3) Kippstore und ähnliche Konstruktionen sind unzulässig.
- § 14 Balkone, Brüstungen**  
(1) Balkone an straßenseitigen Häuserfronten sind nur dort zulässig, wo sie historisch begründet sind.  
(2) Brüstungen sind nur in Mauerwerk verputzt, dem Farbton der Außenwand angepasst oder in Naturstein zulässig. Geländer sind nur in Schlosser- oder Schreinerarbeiten zulässig.
- § 15 Einfriedigungen**  
(1) Einfriedigungsmauern sind in Sandstein-Quaderformat oder Bruchstein auszuführen oder zu verputzen und mit einer mindestens 15 cm starken Abdeckplatte in Naturstein auszuführen.  
(2) Sandstein-Verkleidungen in Quaderformat sind zulässig.  
(3) Zäune sind als Holzzäune mit senkrechtsiehenden Latten oder aus Schmiedeeisen mit senkrechten Stäben zulässig.
- § 16 Treppen**  
(1) Außenstufen, die an öffentliche Straßen und Plätze angrenzen oder von dort aus sichtbar sind, dürfen nur als Blockstufen in Naturstein (Sandstein, Granit) oder Beton (in gestocker, geschliffener oder schamierter Bearbeitung) hergestellt werden.  
(2) An öffentliche Straßen und Plätze angrenzende oder von dort aus sichtbare Freitreppen dürfen nur als Blockstufen in Naturstein oder Beton wie vor ausgeführt werden.  
(3) Treppenanlagen aus Terrazzo - entstanden in den 50er und 60er Jahren - sind zu erhalten bzw. in Ausnahmefällen nach Absatz 1 und 2 zu ändern.
- § 17 Unbebaute Flächen bebauter Grundstücke**  
(1) Die nicht befestigten Flächen sind gärtnerisch anzulegen.  
(2) Befestigte Flächen sind in Natursteinpflaster auszuführen. In zu begründenden Ausnahmefällen ist ein Betonpflaster in an Naturstein angelehnter Ausformung möglich.  
(3) Die Anlegung von wassergebundenen Decken in Teilbereichen ist nach vorheriger Abstimmung in Sonderfällen möglich.
- § 18 Ordnungswidrigkeit**  
Ordnungswidrig nach § 87 LBO handelt, wer bauliche Anlagen oder andere Anlagen und Einrichtungen im Widerspruch zu den §§ 1 bis 17 dieser Örtlichen Bauvorschriften errichtet oder ändert.  
Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 15.000 Euro (i. W. fünfzehntausend Euro) geahndet werden.
- § 19 Inkrafttreten**  
Diese Satzung tritt als Bestandteil des rechtskräftigen Bebauungsplanes BK 16.00 „Altstadt“ in Kraft.
2. **Örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung, zum Schutz und zur Erhaltung des historischen Orts- und Straßenbildes der Stadt Blieskastel gemäß § 93 Abs. 1 Nr. 1 und § 2 Nr. 1 LBO (WERBESATZUNG)**
- § 1 Zweck der Satzung**  
Zur Wahrung des schutzwürdigen historisch gewachsenen Altstadtbereiches werden an die äußere Gestaltung und an die Standorte von Werbeanlagen und Warenautomaten in dem in § 2 genannten Geltungsbereich neben den allgemeinen gesetzlichen Anforderungen der Bauordnung für das Saarland (LBO) und der Technischen Durchführungsverordnung (TVÖ) zusätzliche besondere Anforderungen nach Maßgabe dieser Satzung gestellt.
- § 2 Geltungsbereich**  
Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst den gesamten historischen Stadtkern und den daran angrenzenden Bereich, sowie die sonstigen barocken Bauten. Der Geltungsbereich dieser Satzung liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (siehe Planzeichnung).

### § 3 Genehmigung

- (1) Die Vorschriften der Bauordnung gelten auch für genehmigungsfreie bauliche Anlagen.
- (2) Die Vorschriften der Bauordnung für das Saarland, sowie des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDschG) in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.
- (3) Soweit Kulturdenkmäler betroffen sind, können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Satzung zugelassen werden.
- (4) Genehmigungen werden nur für die Dauer der Nutzung, auf die die Werbung zielt, erteilt. Der Betreiber ist verpflichtet, bei Aufgabe der Nutzung bzw. bei Nutzungsänderung die Werbeanlage wieder zu entfernen.
- (5) Dem Antrag auf Genehmigung einer Werbeanlage nach der Bauordnungsverordnung vom sind u. a. Darstellungen der geplanten Anlage (Schnitte und Ansichten i. M. 1:10) sowie des Anbringungsortes der Werbeanlagen auf der Fassade (Schnitte und Ansichten i. M. 1:50) beizufügen. Des Weiteren sind Angaben über Abmessungen, Materialwahl, Farbe und Beleuchtung sowie ein Lageplan beizufügen.
- (6) Werbeanlagen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung errichtet wurden, sind bis zum 31.12.2008 dieser Satzung anzupassen.

### § 4 Art und Ausführung

Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten richten sich in ihrer Art und Ausführung neben den Bestimmungen dieser Satzung nach dem § 15 Abs. 1, 2, 5 der Landesbauordnung (LBO) und § 19 der sechs Durchführungsverordnung (2. Verordnung zur Landesbauordnung - TVO) vom 18.10.1996 (Amtsblatt S. 498), in der jeweils gültigen Fassung. Sie müssen sich der Architektur des Bauwerkes und dem Orts- und Straßenbild anpassen und in Form, Größe, Material, Werkstoff, Farbe und Anbringungsart werkgerecht durchgebildet und klar gestaltet sein. Sie müssen sich insgesamt dem Bauwerk unterordnen. Als Werbeanlage gelten alle ortsfesten Einrichtungen, die der gewerblichen oder beruflichen Ankündigung oder Anpreisung oder als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf dienen und vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind, z.B. Ausleger, Beschriftungen, Benutzungen, Befeuchtungen, Fahnen, Fahnentransparente, Hinweisschilder, Reklametafeln, Schaukästen, Markisen, Warenautomaten, Werbetafeln, Plakatsäulen usw. an Gebäuden, Mauern oder Einfriedungen.

### § 5 zulässige Werbeanlagen

- (1) Als Werbeanlagen sind nur zulässig
  - a) auf der Gebäudefassade angebrachte Schriftzüge, Zeichen und Embleme,
  - b) auf der Gebäudefassade angebrachte Hinweisschilder,
  - c) an die Gebäudefassade angehängte Ausleger,
  - d) in der Schaufensterfläche angebrachte Werbeanlagen,
  - e) in den Obergeschosfenstern angebrachte Werbeanlagen,
  - f) Werbeanlagen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen.
- (2) Alle in Abs. 1 nicht genannten Werbeanlagen sind generell unzulässig.
- (3) Form, Größe, Farbe, Material sowie Anbringungsart und Beleuchtung der nach Abs. 1 zulässigen Werbeanlagen richten sich nach den Bestimmungen der §§ 8 bis 12 dieser Satzung.

### § 6 Zulässige Warenautomaten

Die Anbringung von Warenautomaten ist nur zulässig innerhalb von Ladeneingängen oder in Gebäudenischen.

### § 7 Zulässigkeit zeitlich begrenzter Werbeanlagen

Die zeitlich befristete Installation von nicht in § 5 genannten Werbeanlagen ist nur zulässig, wenn

- sie bei der Stadt Bleskastel angezeigt, und damit Art, Anbringungsort sowie Dauer der Anbringung geregelt werden
- die Anlagen nicht dauerhaft am Gebäude angebracht bzw. vor dem Gebäude aufgestellt werden und
- sie ausschließlich als Werbung für zeitlich befristete Veranstaltungen, Verkaufsfaktionen etc. dienen
- und sie für die Dauer von maximal 4 Wochen vorübergehend aufgestellt bzw. angebracht werden.

### § 8 Allgemeine Vorschriften über die Art, Gestaltung und Anbringung von Werbeanlagen und Warenautomaten gem. §§ 5 und 6

- (1) Werbeanlagen und Warenautomaten sind nur zulässig an der Stätte der Leistung, d. h., an der Fassade des Gebäudes oder Gebäudeteiles, an welcher die angebotene Leistung erschlossen wird.
- (2) Unzulässig ist die Anbringung von Werbeanlagen:
  - a) allseitig oberhalb der Traufe,
  - b) auf Giebfeldern (Bereich zwischen unterster Traufe und First),
  - c) an Türen, Toren, Klapppläden und Einfriedungen,
  - d) an Schornsteinen, Hauskaminen und anderen über die Traufe hinausragenden Bauteilen,
  - e) wenn durch sie tragende Bauteile oder architektonische Gliederungen der Gebäudefassade überdeckt, übermalt und/oder überschrieben werden,
  - f) wenn es sich um eine serienmäßig hergestellte Fremdreklame handelt,
  - g) wenn durch sie ausschließlich auf ein bestimmtes Produkt des Warensortimentes hingewiesen wird (z. B. Biersorte einer Brauerei).
- (3) Unzulässig ist die Beleuchtung von Werbeanlagen und Warenautomaten
  - durch Lichtquellen, die in kurzen Zeitsabständen ein- und ausgeschaltet werden oder ihre Farbe wechseln,
  - durch Lichtquellen, die bewegt werden oder deren Träger bewegt werden durch Lichtquellen mit Signalfarben.
- (4) Unzulässig sind fluoreszierende Werbeanlagen, Lichtwerbung und Laufschriften und Werbeanlagen, die sich bewegen bzw. die auf beweglichen Trägern installiert sind.
- (5) Werbeanlagen und Warenautomaten sind ständig instand zu halten. Bei Zuwiderhandeln kann die Beseitigung der Werbeanlagen bzw. Warenautomaten angeordnet werden.

### § 9 Besondere Vorschriften über die Art, Gestaltung und Anbringung von Werbeanlagen gemäß § 5 Abs. 1a) (auf der Gebäudefassade angebrachte Schriftzüge, Zeichen und Embleme)

- (1) Schriftzüge dürfen nur horizontal aus Einzelbuchstaben auf der Fassade im Bereich zwischen Oberkante EG-Fenster und Unterkante Fenster 1. OG bzw. Unterkante eines zwischen EG und 1. OG verlaufenden Gesimmes angebracht werden. Ausnahme kann in begründeten Einzelfällen die Anbringung vertikaler Schriftzüge zugelassen werden. Art und Umfang vertikaler Schriftzüge richten sich nach den Bedingungen des Einzelfalles und werden in der Genehmigung gesondert festgelegt.
- (2) Ist der in Abs. 1 genannte Bereich < 1,20 m, so ist nur ein einzelner Schriftzug mit einer max. Schriftgröße von 0,40 m zulässig.
- (3) Ist der in Abs. 1 genannte Bereich > 1,20 m, so ist ein zweizeiliger Schriftzug zulässig, bei dem die Einzelschriftgröße max. 0,30 m betragen darf, oder ein einzelner Schriftzug mit einer max. Schriftgröße von 0,60 m.
- (4) Der Abstand eines Schriftzuges von der Unterkante Fenster 1. Obergeschoss bzw. Unterkante eines zwischen Erdgeschoss und 1. Obergeschoss verlaufenden Gesimmes sowie von der Oberkante Erdgeschoss-Fenster muss jeweils mindestens 0,10 m und von den äußersten seitlichen Abgrenzungen der jeweiligen Fassade einen Abstand von mindestens 0,80 m haben.
- (5) Neben Schriftzügen können auch Embleme (Signets, Symbole etc.) auf der Fassade angebracht werden; hierfür gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4.
- (6) Die Länge von Schriftzügen, Zeichen und Emblemen zusammen darf höchstens 2/3 der Ladenfront einer Stätte der Leistung betragen. Bei Läden, die sich über Eck oder über mehr als ein Gebäude erstrecken, darf höchstens 2/5 jeder Ladenfront bzw. Gebäudes in Anspruch genommen werden.
- (7) Einzelbuchstaben, Zeichen und Embleme sind auf die Fassade aufzumalen oder aus nichttransparentem Material auf der Fassade flach anzubringen. Die fassadenabgewandte Oberfläche von aufmontierten Anlagen darf max. 0,15 m Abstand von der Fassadenoberfläche haben.
- (8) Eine Beleuchtung von Schriftzügen, Zeichen und Emblemen ist nur zulässig
  - durch an der Fassade angebrachte Beleuchtungskörper, die zur Fassade hin abstrahlen oder
  - durch Beleuchtungskörper, die hinter den auf der Wandfläche montierten Werbeanlagen anzubringen sind und diese hinterleuchten.
- (9) Je 1,00 m Länge der Werbefläche gem. Abs. 6 (Schriftzüge, Zeichen und Embleme zusammen) sind max. 2 Beleuchtungskörper zulässig. Die fassadenabgewandte Vorderkante der Beleuchtungskörper darf max. 0,40 m Abstand von der Fassadenoberfläche haben.
- (10) Zulässig ist nur weißes (HOL) oder gelbes (NAV) Licht.

### § 10 Besondere Vorschriften über die Art, Gestaltung und Anbringung von Werbeanlagen gem. § 5 Abs. 1 b) (auf der Gebäudefassade angebrachte Hinweisschilder)

- (1) Soweit sich in den Obergeschossen andere als im Erdgeschoss gelegene Dienstleistungen befinden, darf hierauf nur mittels Hinweisschildern hingewiesen werden.
- (2) Je angebotener Leistung darf nur 1 Hinweisschild in einer Größe von max. 0,50 x 0,70 m (Breite x Höhe) angebracht werden. Mehrere Hinweisschilder an einer Stelle der Fassade sind in Abmessung, Material und Form untereinander anzupassen.
- (3) Sammel-Hinweisschilder mit Hinweisen auf mehrere Leistungen in den Obergeschossbereichen dürfen eine Größe von max. 0,50 m x 1,00 m (Breite x Höhe) haben.
- (4) Hinweis- und Sammelhinweisschilder der nach Abs. 2 und 3 zulässigen Art dürfen nur in einem Bereich von 1,00 m Breite neben Eingangs Türen bis zur Höhe der Unterkante des Türsturzes angebracht werden.
- (5) Die fassadenabgewandte Seite der Hinweisschilder darf von der Fassadenoberfläche nicht mehr als max. 0,04 m vorstehen.
- (6) Eine Beleuchtung von Hinweisschildern ist unzulässig.

### § 11 Besondere Vorschriften über die Art, Gestaltung und Anbringung von Werbeanlagen gem. § 5 Abs. 1 c) (an die Gebäudefassade angehängte Ausleger)

- (1) Je Ladenfront einer Stätte der Leistung ist nur ein Ausleger zulässig.
- (2) Die Oberkante des Auslegers einschl. der Aufhängekonstruktion darf nicht höher sein als eine gedachte Linie, die 10 cm unterhalb der Unterkante der Fenster im 1. OG bzw. unterhalb eines zwischen 1. OG und EG verlaufenden Gesimmes verläuft.
- (3) Die Fläche eines Auslegers (ohne Aufhängekonstruktion) darf nicht größer sein als 0,70 qm (einseitig gemessen). Bei nicht rechteckiger Form eines Auslegers ist maßgebend das Rechteck, welches den Ausleger umschließt.
- (4) Der Abstand zwischen Fassade und Außenkante eines Auslegers einschl. Aufhängekonstruktion darf max. 0,90 m betragen; seine Stütze max. 0,10 m.
- (5) Es dürfen nur Ausleger aus nicht-transparentem Material angebracht werden.
- (6) Eine Beleuchtung von Auslegern ist nur zulässig mit max. 2 Lichtquellen, welche weißes (HOL) oder gelbes (NAV) Licht abstrahlen und in die Konstruktion des Auslegers integriert sind.

### § 12 Besondere Vorschriften über die Art, Gestaltung und Anbringung von Werbeanlagen gem. § 5 Abs. 1 d) und 1e) (in der Schaufensterfläche angebrachte Werbeanlagen - in den Obergeschosfenstern angebrachte Werbeanlagen)

- (1) Werbung in Fensterflächen durch Beschriftung, Bemalung oder Beklebung der Fenster ist nur nach vorheriger Abstimmung der Gestaltung zulässig.
- (2) Werbung gem. Abs. 1 darf nicht mehr als 25 % der Glasflächen eines Fensters betragen.

### § 13 Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig nach § 95 LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Werbeanlagen oder Automaten im Widerspruch zu den §§ 1 - 12 dieser Werbesatzung errichtet oder ändert. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 7.500 Euro (i. W. siebentausendfünfhundert Euro) geahndet werden.

### § 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt als Bestandteil des rechtskräftigen Bebauungsplanes BK.16.00 "Altstadt" in Kraft.

### 3. Sonstige gestalterische Festsetzungen

Innerhalb der Baugebiete M5 und M1 muss das maximal zulässige III Vollgeschoss im Dachgeschoss liegen. Für die Baugebiete M1 und M3 wird eine Mindestdachneigung festgesetzt, wobei in den Blockinnenbereichen eine flachere Dachneigung zugelassen werden kann.

### 4. Überschwemmungsgebiet

Der Teil des Geltungsbereiches östlich des Bliestalfehlweges liegt innerhalb des Überschwemmungsgebietes "Blesta" (Verordnung vom 11.11.1998). Im Bebauungsplan ist die Grenze des festgesetzten Überschwemmungsgebietes nachrichtlich übernommen. Da die Sta-Bliestalkaste die Herausnahme der Altstadt und die Zurücknahme der Grenze hinter den Hochwasserschutzdamm bereits beantragt hat, wird auch die geplante Grenze im Bebauungsplan dargestellt. Diese Grenze orientiert sich an der Böschungsoberkante des Bliestalfehlweges (nicht gemessen). Gemäß § 9Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird festgesetzt, dass die innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes gelegenen Baugebiete erst bebaut werden dürfen, wenn die Grenze des Überschwemmungsgebietes hinter den Hochwasserschutzdamm zurückgenommen wurde.

### 5. Wasserschutzgebiet

Der gesamte Geltungsbereich liegt innerhalb der Schutzzone III des festgesetzten Wasserschutzgebietes "Blesta". Ein Teil des Geltungsbereiches im Nordosten liegt innerhalb der Schutzzone II; hier ist zu beachten, dass die Parkplätze wasserundurchlässig zu befestigen und dass deren Entwässerung an die öffentliche Kanalisation anzuschließen ist.

### 6. Biotope

Die Auebereiche östlich des Bliestalfehlweges sind im Rahmen der Biotopkartierung II des Saarlandes als Flächen erfasst, die gemäß § 25 SNG geschützt sind. Es handelt sich dabei um die Flächen Biotop-Nr. 6709123 Bliestal, Bahnhof, und Biotop-Nr. 6709124 Rohbles bei Bliestal.

### 7. Sanierungsgebiet

Der größte Teil des Geltungsbereiches liegt innerhalb des förmlich festgesetzten Sanierungsgebietes "Altstadt Bliestal". (Grenze siehe Planzeichnung)

### 8. Denkmäler

Die Altstadt ist als Ensemble "Alt-Bliestal" geschützt. Darüber hinaus werden die in der Planzeichnung gekennzeichneten Gebäude als Einzelobjekte geschützt.

### 9. Planfeststellung B 423

Die geplante Trasse der B 423 neu ist planfestgestellt. Die Planfeststellungsgrenze ist nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen. Gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird festgesetzt, dass bis zur Fertigstellung der Umgehungsstraße bis zur Florianstraße die innerhalb des Planfeststellungsbereiches gelegenen Teile der öffentlichen Grünfläche der Zweckbestimmung "Begrünter Platz" als Verkehrsfläche genutzt werden dürfen.

### IV. FESTSETZUNG gemäß § 9 Abs. 7 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

### V. HINWEISE

Innerhalb des Geltungsbereiches ist mit Munitionsfunden zu rechnen. Ein vorsorgliches Abuchen durch den Kampfmittelräumdienst beim Ministerium des Innern wird empfohlen. Innerhalb des Geltungsbereiches ist mit Bodenfunden zu rechnen. Die Vorschriften des SDOschG, insbesondere die §§ 16-23, 30 und 31 sind zu berücksichtigen. Wasserschutzgebiet: Anzuwenden ist das DVGW-Arbeitsblatt W 101 des ATW-Regelwerkes A 142 sowie die RSTWAG. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Terminierung der Bauphasen die Belange des FFH-Gebietes, insbesondere der Avi-Fauna berücksichtigt werden sollen.

# VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Stadt Blieskastel hat am 27.06.2002 die Aufstellung des Bebauungsplanes BK.16.00 "Altstadt Blieskastel" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Der Beschluss den Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 27.06.2003 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an der Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 09.07.2003 in Form einer Bürgerversammlung durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Weiterhin fand in der Zeit vom 07. - 25.07.2003 die Offenlage statt. Die Ergebnisse wurden vom Stadtrat am 27.05.2004 und 29.06.2005 in die Abwägung eingestellt.

Die Behörden, Stellen und Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.07.2003 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt (§ 4 Abs. 1 BauGB). 13 dieser Beteiligten haben Anregungen geäußert, die vom Rat der Stadt Blieskastel am 27.05.2004 und 29.06.2005 in die Abwägung eingestellt wurden.

Der Bebauungsplan, bestehend aus Teil A (Planzeichnung), Teil B (Textteil) und Teil C (Begründung) hat in der Zeit vom 20.02.2006 bis einschließlich 20.03.2006 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 10.02.2006 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 06.02.2006 von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BauGB). Während der Auslegung gingen Anregungen ein, die vom Rat der Stadt Blieskastel am 22.03.2007 geprüft und in die Abwägung eingestellt wurden. Daraus haben sich Änderungen der Planung ergeben, die eine erneute Auslegung erforderlich gemacht haben.

Der Bebauungsplan, bestehend aus Teil A (Planzeichnung), Teil B (Textteil) und Teil C (Begründung) einschließlich Umweltbericht hat in der Zeit vom 11.06.2007 bis einschließlich 11.07.2007 erneut öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am 01.06.2007 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB). Die nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 29.05.2007 von der erneuten Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BauGB). Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 29.10.2007 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 BauGB).

## Satzungsbeschluss:

Der Rat der Stadt Blieskastel hat in seiner Sitzung am 27.09.2007 den Bebauungsplan "Altstadt Blieskastel" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A), dem Textteil (Teil B) und der Begründung (Teil C) einschließlich Umweltbericht.

Die Festsetzungen des bisher rechtskräftigen Bebauungsplanes BK.09.00 "Teil der Straßen Bahnhof - Florian - Bliesgaustraße" treten mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Altstadt Blieskastel" außer Kraft.

## Ausfertigung:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit seinen Festsetzungen durch Zeichnung, Farbe, Schrift und Text sowie der Inhalt der örtlichen Bauvorschriften mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Stadtrates übereinstimmen und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Blieskastel, den .....

Die Bürgermeisterin  
Annelie Faber-Wegener

## Bekanntmachung:

Dieser Beschluss wurde gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am 26.11.2010 ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan BK.16.00 "Altstadt Blieskastel" rechtskräftig.

Blieskastel, den .....

Die Bürgermeisterin  
Annelie Faber-Wegener

# RECHTSGRUNDLAGEN

## Bundesgesetze

**Baugesetzbuch** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)

**Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

**Planzeichenverordnung (PlanzV)** in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58)

**Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3180)

**Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833)

**Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1746)

**Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)

## Landesgesetze

**Landesbauordnung (LBO)** vom 18. Februar 2004, geändert durch das Gesetz vom 19. Mai 2004 (Amtsbl. S. 1498).

**Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG)** vom 5. April 2006.

**Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarlUVPG)** vom 30.10.02 (Amtsbl. S. 2494), zuletzt geändert durch Art.3 Abs.4 des Gesetzes Nr.1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05.04.06 (Amtsbl. S. 726)

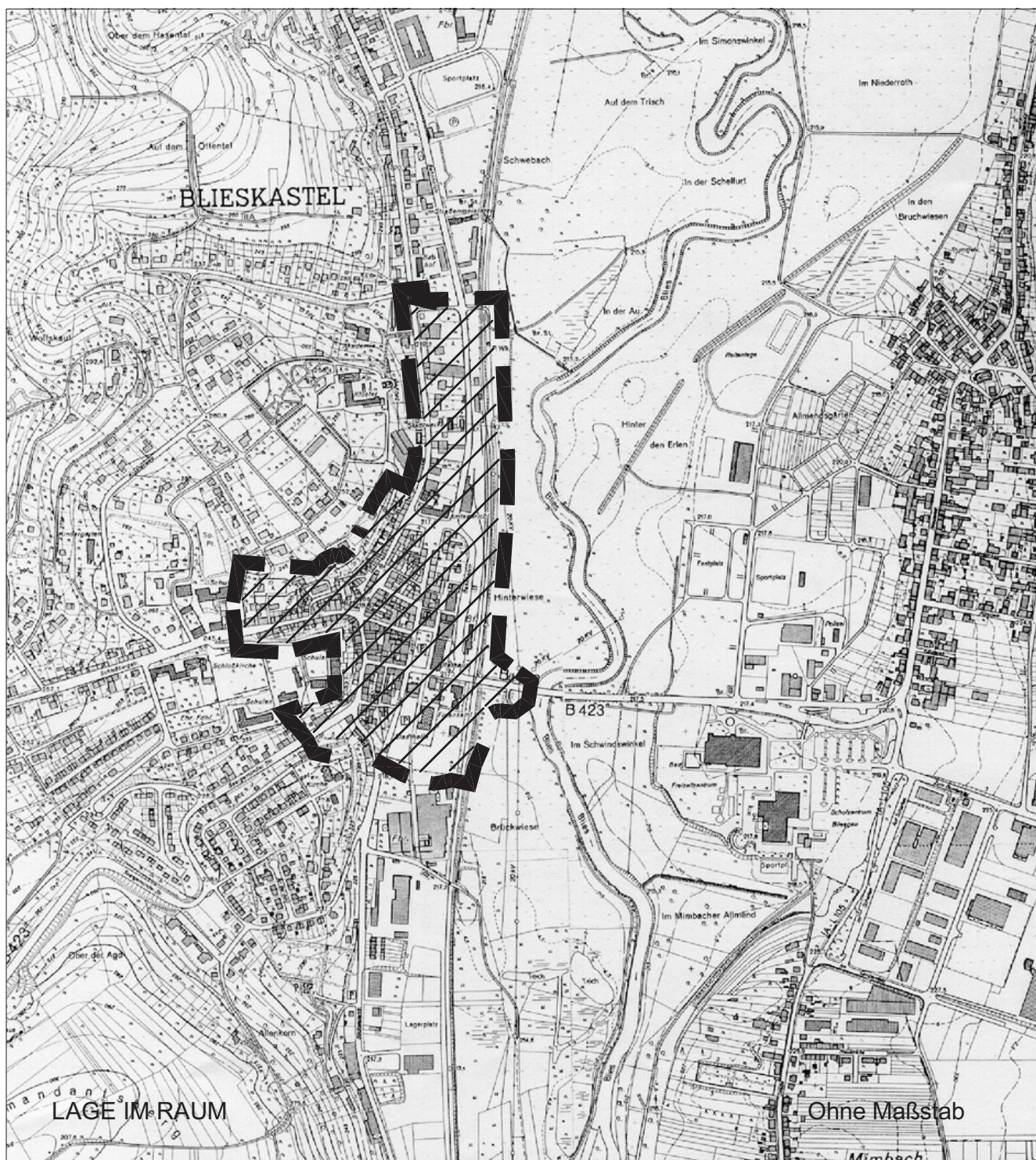
**Saarländisches Wassergesetz (SWG)** vom 28. Juni 1960, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 5. April 2006 (Amtsbl. S. 726).

§ 12 **Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG)** vom 15. Januar 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. September 2006 (Amtsbl. S. 1694, ber. S. 1730).

**Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG)** vom 19. Mai 2004 geändert durch das Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsbl. S. 474, 530).



# STADT BLIESKASTEL BEBAUUNGSPLAN BK.16.00 "ALTSTADT BLIESKASTEL"



Stand:  
Satzung gemäß § 10 BauGB

Bearbeitet im Auftrag der Stadt Blieskastel  
Völklingen, im Februar 2008



ARBEITSGRUPPE STADT- UND  
UMWELTPLANUNG GMBH

Saarbrücker 66333	Straße 178 Völklingen
Telefon: 06898 / 33077	
email: info@agsta.de	
URL:	www.agsta.de

# BEBAUUNGSPLAN BK.16.00

## "ALTSTADT BLIESKASTEL"

### TEIL A: PLANZEICHNUNG

MI1	
0.8	II-III
a	gD >25°

MI1* Pavillon	
1.0	I
o	-

MI2	
0.6	III
a	gD >25°

MI3	
0.6	II-III
a	-

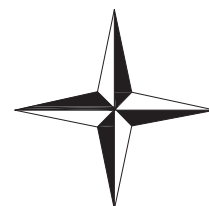
MI4	
0.6	II
o	-

MI5	
0.6	II-III III. im DG
o	-

MK1	
1.0	II-III III. im DG
a	-

MK2	
1.0	III
a	-

MK3	
1.0	II-III
a	-



1: 1 000

